



Elternbrief an Schulen

Liebe Eltern,

seit dem 21. Januar laufen die **Tarifverhandlungen** für die rund 800.000 Tarifbeschäftigten der Bundesländer. Dazu zählen auch rund 200.000 angestellte Lehrkräfte und pädagogische Beschäftigte an Schulen. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordert die GEW **sechs Prozent mehr Gehalt**. Die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber lehnen eine angemessene Lohnerhöhung bisher strikt ab. Gute Arbeit verdient aber eine angemessene Bezahlung. Zudem gefährdet der Fachkräftemangel an Schulen wie in anderen Bereichen bereits die Qualität des öffentlichen Dienstes. Deshalb haben die Gewerkschaften keine andere Wahl als **durch Warnstreiks Druck auf die Verhandlungen auszuüben**.

Natürlich wissen wir als verantwortungsbewusste Lehrerinnen und Lehrer, dass Unterrichtsausfall für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern eine große Belastung darstellt. Nur in den seltensten Fällen sind aber Arbeitskämpfe die Ursache dafür. Es fällt viel zu viel Unterricht aus, weil es einen zunehmenden **Fachkräftemangel** bei gut ausgebildeten Lehrkräften gibt. Es fällt auch viel Unterricht aus, weil Lehrkräfte die stark gestiegene Arbeitsbelastung gesundheitlich nicht mehr durchhalten. Viele Lehrkräfte verzichten freiwillig auf Gehalt und arbeiten Teilzeit, um den Belastungen gewachsen zu sein – nur etwas mehr als die Hälfte aller

Lehrerinnen und Lehrer hat eine Vollzeitstelle. Gute, verlässliche Bildung gibt es nur, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht und die **Arbeitsbedingungen** passen. Dafür streikt die GEW.

Nur mit Warnstreiks können wir gegenüber den Arbeitgebern deutlich machen, dass wir hinter den Forderungen der Bildungsgewerkschaft GEW stehen. Als größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst der Länder stehen wir auch an der Seite der anderen Beschäftigten im Landesdienst, die täglich gute Arbeit leisten. So lange die Arbeitgeber uns eine angemessene Gehaltserhöhung verweigern, sehen wir uns gezwungen, **von unseren Grundrechten Gebrauch zu machen** und zu streiken. Die GEW fordert eine Gehaltserhöhung im Gesamtvolumen von sechs Prozent. Dabei geht es auch um den Gleichklang der Gehälter im öffentlichen Dienst. Denn die Gehälter der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen liegen ab dem 1. April 2019 circa sechs Prozent höher als die der Landesbeschäftigten.

Deshalb ist es unvermeidbar, dass sich gerade die angestellten Lehrerinnen und Lehrer der Länder an den Warnstreiks spürbar beteiligen. Eine andere Möglichkeit, die berechtigten Forderungen durchzusetzen, gibt es leider nicht.

Wir danken für Ihr Verständnis und hoffen auf Ihre Unterstützung!

Ihre Lehrerinnen und Lehrer in der
Bildungsgewerkschaft GEW